

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Bellage „Illustrirtes Unterhaltungsblatt“.

Erscheint
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 10 R.
bei allen Postanstalten 12 Rf.

Druck und Verlag:
B. Hymnold's Stabluchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hymnold.

Anzeigen-Preis:
für die einsp. Zeile oder deren Raum 1,50 Rf.
Inseraten-Rumme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 42.

Samstag, Nr. 43.

Sonnabend, den 27. Mai 1922.

Postfachkonto
Breslau 188 64

44. Jahrg.

Rundschau.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 23. Mai. Ueber die Verhandlungen des Reichsministers Dr. Hermes mit der Reparationskommission läßt sich vorläufig nur mit einiger Sicherheit sagen, daß die Entscheidung des 31. Mai von der Entscheidung abhängt, welche die Konferenz der internationalen Bankiers über die internationale Anleihe treffen wird. Dies ist wenigstens die Meinung der französischen Zeitungen, von denen die meisten der Ansicht zu sein scheinen, die Anleihe werde zustande kommen, da es in Deutschlands Interesse liegt, die Sicherungen, die für die Anleihe verlangt werden, zu geben. Diese Sicherungen stimmen zum Teil mit den von der Reparationskommission verlangten Garantien überein, sodaß also mit dem grundsätzlichen Abschluß der Anleihe auch die Frist des 31. Mai grundsätzlicher erledigt sein würde. Ob die französische Regierung diese Auffassung teilt, ist zunächst einwandfrei festzustellen. Die Anleihen sind geteilt bis auf die ziemlich allgemeine Anschauung, daß von einer Böswilligkeit Deutschlands nicht mehr die Rede sein könne, und daß Polkare sich von den Nationalisten nicht zu Tode drängen lassen will, die er selbst nicht für politisch oder moralisch begründet hält. Es gibt freilich auch Leute, die dabei bleiben, daß irgendeine Krisisdemonstration nach dem 31. Mai erfolgen müsse, um England zu zeigen, daß Frankreich kann, wenn es nur will.

London, 28. Mai. Nach den „Times“ will Morgan vor seiner Abreise nach Paris sich einen oder zwei Tage hier aufhalten. Laut „Daily Chronicle“ erklärte Morgan bei seiner Ankunft in England, er sei nach Europa gekommen, um die Frage der Aufnahme einer Reparationsanleihe für Deutschland zu erörtern. „Chicago Tribune“ meldet, die Amerikaner rechnen auf ein Anleihe-Ergebnis von einer Milliarde Dollar, wenn genügend hohe Verzinsung (wahrscheinlich 9 Prozent) zugestimmt würde, und wenn die Alliierten sich verpflichten, während der Laufzeit der Anleihe kein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. Nach dem amerikanischen Anleiheplan soll ein Viertel der Anleihe Deutschland für Rohstoffkäufe gegeben werden, drei Viertel sollen als Vorauszahlung mehrerer Reparationsjahresraten an Frankreich gehen, wodurch selbstständig eine Stabilisierung des Marktkurses erreicht werde.

Die englischen Blätter beschäftigen sich mit den bevorstehenden deutsch-amerikanischen Anleiheverhandlungen in Paris. „Morning Post“ macht auf die Schwierigkeiten des Problems aufmerksam. Die Anleihe würde die Mark beträchtlich heben, und diese Kursverbesserung widerspreche eigentlich den Reparationsinteressen gewisser Mächte, für die die Sachlieferungen zum Teil unverwendbar würden. Andere Schwierigkeiten liegen in den notwendigen Garantien. Der deutsch-russische Vertragenschluß habe die Sicherheitsbedürfnisse der Anleihegeber eher verstärkt und gesiegt.

Paris, 23. Mai. Das in Paris erscheinende amerikanische Blatt „New York Herald“ schreibt: Die Lage ist nicht so düster, wie sie beim ersten Augenblick erschien. Die französische Regierung ist durchaus gewillt, über die Angelegenheit mit den Alliierten zu beraten, falls am 31. Mai eine Vertragsverleugung Deutschlands notifiziert werde. Die französische Regierung werde nicht einmal auf einer über-einstimmigen Regelung bestehen, solange die Bankierkonferenz über den internationalen Anleihevor-schlag berate. Das bedeute, daß vor Ende Juni keine tatsächliche Krise wahrscheinlich sei.

Basel, 24. Mai. Aus London meldet der „Basler Anzeiger“: Morgan hat den Vertreter

der Exchangeagentur empfangen. Er bezeichnet seine Reise als durchaus privat, seine Aufgabe sei aber, die deutsche Schuld an die Alliierten so zu regeln, daß die Wiederaufnahme der Kreditrückzahlungen der Alliierten an Amerika erfolgen könne.

Dr. Hermes über die Pariser Verhandlungen.

Paris, 24. Mai. Nachdem die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, reist Reichsfinanzminister Dr. Hermes heute abend zusammen mit dem Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Dr. Fischer, zur Berichterstattung nach Berlin. Vor seiner Abreise erklärte Dr. Hermes gegenüber Vertretern der deutschen Presse über die offizielle und unverbindlich geführten Beratungen, er sei überzeugt, daß der eingehende Meinungsaustausch mit den Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans viele Missverständnisse beseitigt und manch wertvolle Aufklärung gebracht habe. Die Beratungen seien mit dem erkennbaren Wunsch geführt worden, vor dem 31. Mai zu einer befriedigenden Regelung zu gelangen. Grundsätzlich seien über das deutsche Budget, die Möglichkeit seines Ausgleichs und über die Frage der Finanzkontrolle verhandelt worden. Ueber die drei aufgestellten Formeln: würden Freitag und Reichsfinanzminister zu entscheiden haben.

Paris, 24. Mai. Reichsminister Dr. Hermes hat heute abend Paris verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Er hatte eine eingehende Unterredung mit dem Präsidenten des Garantienkomitees über die Bedingungen der Finanzkontrolle, denen Deutschland am 31. Mai genügen soll. Staatssekretär Bergmann wohnte dieser Unterredung bei. Dr. Hermes besuchte dann noch den Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission, Dubois. Hiermit sind die offiziellen Besprechungen in Paris zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. In französischen Kreisen glaubt man versichern zu können, daß bis zum 31. Mai eine günstige Lösung erreicht sein wird unter der Voraussetzung, daß die Vorschläge der deutschen Regierung, die nunmehr offiziell erfolgen sollen, mit den Formeln übereinstimmen, zu denen man in den Besprechungen gekommen ist.

Dr. Hermes in Berlin.

Berlin, 25. Mai. Heute abend trat das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zusammen. Außenminister Dr. Rathenau hielt einen zweistündigen Vortrag über Genua. Nachdem er im besonderen über die Verhandlungen in den Kommissionen berichtet hatte, besprach er den deutsch-russischen Vertrag und kam zu dem Schluß, daß man sicherlich von großen Vorteilen sprechen könne. Von den Nachteilen, die dem Vertrag angedichtet würden, könne keine Rede sein. Das Gesamtergebnis der Genua-Konferenz habe für Deutschland Erfolg gehabt. Abends um 7 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen. Kurz darauf trat das Kabinett zu einer zweiten Sitzung zusammen, an der auch Reichsminister Hermes teilnahm, der über die Pariser Verhandlungen berichtete.

Polnische Pressestimmen.

Warschau, 24. Mai. Kurier-Polsek fordert zur Herstellung korrekter Beziehungen zu den Nachbarn auf. Das Blatt sagt, der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse würde selbst, wenn die deutsch-russische Militärkonvention keine Fälligung wäre, heute einen Krieg ausschließen.

Die Gazeta Poranna meint, hinter dem deutsch-russischen Wirtschaftsvertrag verberge sich ein militärisches Bündnis gegen Polen. Für einen Kriegsfall müsse Polen mit Ostgafen

und Flugzeugen ausgerüstet sein. Der Kriegsminister müsse entsprechende Kredite fordern, auch müsse die Bevölkerung zum Abwehrkampf gegen Gase unterrichtet und mit Gas-schutzmitteln ausgerüstet werden.

Die Wiener in Berlin.

Wien, 23. Mai. Die heraldische Aufnahme, die der Wiener Männergesangsverein auf der Fahrt durch Deutschland erfuhr, spiegelt sich in ausführlichen Berichten der Blätter wieder und findet hier ein lebhaftes und dankbares Echo. Zu den auf dem Begräbnisabend im Reichstage gehaltenen Reden schreibt die „Neue freie Presse“: „Die Not unseres Landes und die immer verzögerte Erfüllung seiner Versprechen, durch die uns die Entente-mächte die mörderischen Bedingungen von St. Germain annehmbar zu machen versuchten, müssen immer weitere Kreise den schließlichen Anschluß an den großen deutschen Nationalstaat als einzigen Ausweg aus dem Elend erkennen lassen.“

Deutsche müssen ihr Besitztum verkaufen.

Danzig, 24. Mai. Aus Bromberg wird mitgeteilt, daß auch im Bromberg-Gesener Bezirk am Sonntag zusammen 18 deutschen Eigentümern die Anordnung der Liquidierung ihrer Besitzungen bis 15. Juli durch die Posener Liquidationskommission mitgeteilt ist.

Hindenburg in Ostpreußen.

Königsberg, 24. Mai. Generalfeldmarschall von Hindenburg wurde heute mittags in Allenstein begeistert begrüßt. Auf seiner Fahrt von Oststadt nach Allenstein wurde er von der Landbevölkerung überall mit stürmischer Freude empfangen. In Allenstein hatte sich die gesamte Bevölkerung eingefunden. Vor dem Rathaus begrüßte der Oberbürgermeister den Generalfeldmarschall als den Befreier Ostpreußens und Allensteins. Hindenburg gab seinen Dank und seine Freude über den Empfang Ausdruck und betonte dabei die Notwendigkeit des nationalen Zusammenstiebes auf gefährdetem Vorposten. Sein Hoch galt dem Vaterlande.

Zusammenstoß des Linien Schiffes Hannover mit Torpedoboot S 18.

Berlin, 24. Mai. In der Nacht zum 24. Mai fand in der Nähe von Sahnitz bei einem Nachtmanöver unserer Schiffe und der Torpedoboots ein Zusammenstoß zwischen dem Linien Schiff Hannover und dem Torpedoboot S 18 statt. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und lief in Sahnitz ein. In treuer Pflichterfüllung wurden bei dem Zusammenstoß folgende Angehörige der Torpedobootsbesatzung getötet: die Torpedobootsmatrosen Engelhardt, Schott, Lorz, Sibella und Hammer Schmidt; die Torpedobootsleiter Seipelt, Alinta, Bohl, Schüt und Barth.

Schwere Explosionskatastrophe.

Wien, 25. Mai. In Blumau hat heute nachmittag um 3 Uhr in einer Fabrik, in der Explosivstoffe erzeugt werden, nach einem vorausgegangenen Brand eine Explosion stattgefunden, der drei Minuten später eine zweite folgte. Schon nach der ersten Explosion entstand unter den etwa 1000 Arbeitern eine große Panik, die sich nach der zweiten noch steigerte. Bis 7 Uhr abends wurden 19 Tote und 26 Schwerverletzte geborgen. Schwere Verluste erlitt auch die Feuerwehr, die mit ihren Gerätschaften von einer einstürzenden Mauer begraben wurde. Militär und Gendarmen sperrten die Unglücksstätte ab. Nicht weit von der Explosionsstätte sollen 60000 Kilo Dynamit lagern. Die Zahl der Toten und Schwerverletzten wurde nach Berichten um 8 Uhr auf 250 geschätzt, darunter zahlreiche Frauen und Mädchen. Im Unterteile

von 30 Kilometern sind fast sämtliche Fenster-scheiben eingebrochen. Die Rauch- und Feuer-säule war bis Wien sichtbar.

Oberschlesien.

Joseph Rymer Wojewode.

Warschau, 25. Mai. In der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde hauptsächlich über Fragen, die mit der Übernahme Oberschlesiens zusammenhängen, beraten. Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf, Minister Ossowski, erstattete ausführlichen Bericht über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen. Sodann wurde der Antrag des Ministers des Innern, das Amt des schlesischen Wojewoden Joseph Rymer und das Amt des stellvertretenden Wojewoden Jędrzejowski, dem bisherigen Regierungskommissar in Teschen zu übertragen, vom Ministerrat angenommen.

Warschau hat ratifiziert.

Warschau, 25. Mai. Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien wurde in der heutigen Plenarsitzung des Sejm ratifiziert. Das mündliche Referat erstattete Abgeordneter Koranyi, der dabei seiner persönlichen Überzeugung dahin Ausdruck gab, daß die Periode der Gewalttaten bald zu Ende gehen und in allerhöchster Zukunft ein friedliches Zusammenleben mit den Deutschen Platz greifen werde. Einige Abgeordnete bemängelten es, daß das Abkommen in der 12. Stunde dem Hause vorgelegt worden sei, wodurch eine eingehende Kritik der einzelnen Bestimmungen unmöglich gemacht wurde. Das Haus erhob gleichzeitig die vom Referenten vorgelegte Resolution zum Beschluß, in der die Regierung aufgefordert wird, die notwendigen Kredite zur Fortführung des gesamten Wirtschaftslebens in Oberschlesien, speziell auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, zur Verfügung zu stellen.

Das obereschlesische Abkommen vor dem Reichstag und Sejm.

Warschau, 24. Mai. Am heutigen Mittwoch wird sich einer Meldung des Krakauer „Naprzód“ zufolge das Plenum des Warschauer Sejms mit dem deutsch-polnischen Abkommen befassen. Die Generaldebatte darüber wird unter Teilnahme des polnischen Bevollmächtigten Ossowski erfolgen. Die Ratifizierung muß bis zum 28. Mai erledigt sein.

Der „Naprzód“, das führende sozialistische Organ, bemerkt dazu, daß die Ratifizierung mit Sicherheit erfolgen dürfte und betont im Gegensatz zu Äußerungen anderer polnischer Blätter, die den Vertrag ablehnend kommentierten, daß mit der Ratifizierung endlich die Grundlage der Ausbahnung normaler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland geschaffen sei. Insbesondere stünde nun der Weg zu weiteren Wirtschaftsverhandlungen offen, namentlich zur Befestigung der für Polen sich so unangenehm fühlbar machenden Ausfuhrzölle im Wege eines deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages.

Gestern bereits hat sich die Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten mit dem obereschlesischen Abkommen befaßt. Das Referat hielt der Abgeordnete Marian Ejsa. In die Diskussion griffen ein Minister Ossowski und Abgeordneter Koranyi. Auch die Oppolner Verhandlungen wurden besprochen.

Mit Oberschlesien endlich hat sich auch der polnische Ministerrat befaßt. Eine Meldung der „Agencia Wschodnia“ besagt darüber: In der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde beschlossen, dem Sejm eine Vorlage betr. den Gegenstand, welcher dem Ministerrat in dringenden Fällen ermächtigt, für Oberschlesien verpflichtende Bestimmungen zu erlassen. Es handelt sich offenbar um jene Bestimmungen, deren Festsetzungsberechtigung dem schlesischen Sejm ohne Zustimmung des Warschauer Sejms garantiert ist. Der Ministerrat hat ferner einer Privatmitteilung zufolge den bisherigen Staatskommissar für die Übernahme der Verwaltung auf dem früheren preussischen Teilgebiet Herrn Bilzor Sings in Polen zum kassischen Generalkommissar für die Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien ernannt.

Ebenfalls hat der Ministerrat eine Vorlage angenommen betreffend die Gewährung einer Amnestie anlässlich der Übernahme des polnisch-überwiesenen Teils Oberschlesiens in die polnische Verwaltung.

Berlin, 23. Mai. Der Reichsrat beschäftigte sich heute in einer öffentlichen Sitzung mit dem in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien. Der Bericht-erstatte der Ausschüsse sprach über die Geschichte des Abkommens, das in mühevollen und langwierigen Verhandlungen zustande gekommen sei.

Der Urtext sei auf Verlangen des Völkerbundes in französischer Sprache abgefaßt. Das Abkommen enthalte 606 Artikel und sei länger als der Versailles Friedensvertrag. Die Mitteilungen des Berichterstatters über den Inhalt des Abkommens bestätigten die aus der Presse bereits bekannten Mitteilungen. Besonders schwierig waren die Verhandlungen über den Schutz der Minderheiten und über das von Polen beanspruchte Abzugsrecht. In beiden Fällen ist es dem Minister a. D. Schiffer gelungen, den deutschen Wünschen und dem deutschen Rechtsstandpunkt Berücksichtigung zu verschaffen. Die Reichsratsausschüsse haben sich einverstanden erklärt, dem Abkommen in folgender Form zuzustimmen:

„Der Reichsrat erteilt dem deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien seine Zustimmung. Er tritt ausdrücklich der Erklärung bei, die der deutsche Bevollmächtigte, Minister a. D. Schiffer, vor der Unterzeichnung des Vertrages in der öffentlichen Sitzung in Genf am 5. Mai 1922 in Bezug auf die deutsche Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Völkerversammlung vom 20. Oktober 1921 abgegeben hat.“

Ohne Erörterung schloß sich die Vollversammlung dem Ausschlußbeschluss an.

Der Reichsrat des Reichstages beschloß, daß der Auswärtige Ausschuss am Freitag vormittag und Sonnabend vormittag Sitzungen zur Besprechung der Genuefer Konferenz und der obereschlesischen Frage abhalten wird. An diesen beiden Tagen soll im Plenum die zweite Lesung des Etats beendet werden. Die große politische Aussprache wird im Plenum voraussichtlich am Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden, wobei auch der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien und der dänische Handelsvertrag zur Erledigung gelangen werden. Am 31. Mai soll die dritte Lesung des Etats im Plenum stattfinden.

Der Oberschlesien-Vertrag.

Paris, 23. Mai. „Matin“ meldet: Das Völkerbundssekretariat hat am Montag auf dem Wege über den Pariser Völkerrat der deutschen und der polnischen Regierung die amtliche Ausfertigung der vertraglichen Entscheidung über Oberschlesien zugestellt.

Diese Zustellung ist nicht die im Versailler Vertrag vorgesehene „amtliche Bekanntgabe“, die erst durch die J. R. in Oppoln nach der Ratifizierung erfolgen wird.

Der Güterverkehr mit Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 23. Mai. Für den Güterverkehr zwischen dem deutschen Teil des Abstimmungsgebietes und Deutschland einerseits und zwischen dem polnisch-überwiesenen Teil Oberschlesiens andererseits ist die Herausgabe folgender Güter- und Kohlentarife beabsichtigt:

1. Beschlusstarif zwischen dem deutschen und polnischen Teile des Abstimmungsgebietes auf der Grundlage der zur Zeit der Übergabe bestehenden deutschen Tarife für alle Güterorten und alle für das Abstimmungsgebiet gegenwärtig geltenden Tarife mit alleiniger Ausnahme des Tarifs für Arzneywaren. Die gegenwärtigen Entfernungen erfahren gewisse Änderungen mit Rücksicht auf die Grenzfestlegung und dergl.

2. Verbandstarif zwischen Polnisch-Oberschlesien durch Deutsch-Oberschlesien mit dem übrigen Deutschland für Kohlen (Ausnahmetarif 6), Erze (Ausnahmetarif 7, 7b, 7c, 7d), Schwefelsäure (Ausnahmetarif 9, früher 18) und Zölle (Ausnahmetarif 8), und zwar auf der Grundlage der jeweiligen deutschen Tarife. Der Frachtsatz ist durchgerechnet. Die Entfernungserhöhungen ebenfalls gewisse Änderungen. Angenommen sind die Erzverhandlungen von Deutschland und die Stationen, die östlich einer von Hamburg nach dem Nordwestspital von Bayern gelegenen Linie liegen, und die sächsischen, böhmischen und württembergischen Stationen. Die ostpreussischen Stationen sind noch nicht angenommen worden; ihre Aufnahme soll aber noch erfolgen.

3. Verbandstarif zwischen Polnisch-Oberschlesien durch Deutsch-Oberschlesien mit dem übrigen Deutschland für alle in dem am 2) angeführten Verbandstarife Entfernungen vorgesehen sind. Die Frachtsätze sind nicht durchgerechnet, sondern werden durch Anstoß des polnisch-obereschlesischen Zolltarifs und der deutschen Zoll- und Wechseltarife gebildet (Grenzfrankaturzwang.) Durch diesen Tarif wird beabsichtigt, Verteuerungen des Transports durch die sonst nötige Umbehandlung auf der Grenzübergangsstation und die infolgedessen zu bestrittenden Umladungen der Grenzübergangsbahnhöfe und damit Verkehrsstockungen zu vermeiden.

Da sich eine direkte Aufgabe mit direktem Frachtsatz nach den oben genannten Tarifen nicht immer ermöglichen lassen wird (Zwischenhandel und dergl.), ist es notwendig, die Versender deutscher Waren nach Polnisch-Oberschle-

sien über Deutsch-Oberschlesien schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß in solchen Fällen zur Entlastung der Grenzübergangsbahnhöfe und zur Vermeidung von Stockungen die Aufgabe zweckmäßig nicht nach den Grenzstationen, sondern nach größeren in Deutsch-Oberschlesien gelegenen Stationen, wie Randzin, Briekreis, Borsowka, Kreuzburg und Oppeln erfolgen wird, damit schon auf diesen Stationen die Umbehandlung vorgenommen werden kann. Wenn die betreffende Station auf dem Wege nach der endgültigen Empfangsstation gelegen ist, tritt eine Frachterhöhung gegenüber der Umbehandlung auf der Grenzübergangsstation im allgemeinen nicht ein. Würden jedoch Entfernungen nach den Grenzübergangsstationen wie Hindenburg und dergl. aufgegeben, dann dürften Verkehrsstockungen oft nicht zu vermeiden sein.

Völkerversammlung und Oberschlesien.

Paris, 24. Mai. Die Völkerversammlung hat sich heute vormittag mit den Angaben der Internationalen Kommission in Oberschlesien befaßt. Ferner hat sie den Text des deutsch-polnischen Vertrages vom 17. Mai zur Kenntnis genommen.

Die Organisation der Eisenbahndirektion Kattowitz.

A. W. meldet aus Warschau: Die Kosten der Organisation und Inbetriebnahme der Eisenbahndirektion haben bereits rund 18 Millionen deutsche Mark verschlungen. Die Gesamtansage ist auf 200 Millionen deutsche Mark veranschlagt. Darin sind die Baukosten der Linie, die eine Umgehung Bentschens bewirkt, sowie die Kosten einer direkten Verbindung der bereits vorhandenen polnischen Linien mit den Strecken in Polnisch-Oberschlesien enthalten.

Das fremde Kapital in Oberschlesien.

Dem Markt werden jetzt von allen Seiten obereschlesische Kapitalien angeboten. Darunter befindet sich sehr viel unerwünschtes. Der Eifer der französischen Konzernen, die sich gegenseitig überboten, um an der obereschlesischen Industrie zu nehmen, hat sich sehr schnell abgeklüßt und man muß sogar beobachten, daß in letzter Zeit die Aktien obereschlesischer Montanwerte für französische Rechnung verkauft worden sind. Es hängt dies in der Hauptsache wohl damit zusammen, daß sich das französische Publikum gegen obereschlesische Industrieunternehmen ablehnend verhalten hat, wohl aus dem Bewusstsein heraus, daß die Polen keine sehr empfehlenswerten Geschäftspartner seien. Das Interesse der Engländer an der obereschlesischen Eisenindustrie ist längst nicht so stark gewesen, wie man an der deutschen Börse vielfach geglaubt hat, und namentlich wäre es verkehrt anzunehmen, daß sich die Engländer durchwegs als Förderer der obereschlesischen Industrie während der Besatzungszeit erwiesen hätten. Bedingt die Italiener haben die obereschlesische Eisenindustrie aus dem Gesichtspunkt heraus, daß sie ihnen in Zeiten günstigen Geschäftsganges nützlich sein könnte, in gewisser Weise unterstützt. Die sich allerdings späterhin die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien gestalten werden, läßt sich zur Zeit noch nicht völlig übersehen, aber Interessengemeinschaften mit internationalen Verhältnissen werden wohl nicht ausbleiben können, dazu ist Oberschlesien zu sehr Grenzland geworden.

Volales n. Provinzielles.

Sopran O., den 26. Mai 1922.

§ (Der Himmelfahrtstag) zeichnete sich durch schönes Sommerwetter aus. Die Sonne erwärmte die Luft derart, daß die Nachfröhenfälle noch in den Abendstunden auf + 25 Cels. stand. Solch schönes Wetter brachte naturgemäß viele Menschen ins Freie, die Feld und Wald dicht bevölkerten. In den Abendstunden legte ein ziemlich heftiger Wind und nachts ein Gewitter ein, die jedoch den besonders von der Landwirtschaft erwarteten Regen immer noch nicht brachte.

§ (Ein schweres Gewitter) mit starkem Regen und Hagel ging heute nachmittags in der 6. Stunde über unsere Stadt und Umgebung herab. Der Blitz schlug an mehreren Stellen ein, glücklicherweise ohne zu zünden.

§ (Katholische Kirchengemeinde.) Die Gemeindevertretung trat in der Sitzung am 24. d. M. a. dem Beschlusse des Kirchenvorstandes bei, zur Deckung des Betrages für die Befoldung der Kirchenbeamten und anderer Ausgaben eine Kirchensteuer und zwar durch einen Zuschlag zur veranlagten Staats Einkommensteuer von den Katholiken der zur Pfarodie Sopran gehörenden Gemeinden Sopran, Kischczow und Baranow nach einem noch festzusetzenden Prozentsatz zu erheben. Auch sämt-

hohen anderen Beschläffen des Kirchenborkandes, besonders der Herrichtung des Friedhofes am Oshner Wege, trat die Gemeindevorstellung bei. Mit der Errichtung des Friedhofes wird bekanntlich im Herbst d. J. (nach der Ernte) begonnen. Da der neue Friedhof ein dringendes Bedürfnis ist, wird hoffentlich der Bau desselben dann nicht nochmal hinausgeschoben werden.

(Postamt Cobrau.) Dem Vernehmen nach ist als zukünftiger Leiter des hiesigen Postamts Herr Postsekretär Kowalski aus Oppeln von der polnischen Verwaltung anberufen. Voraussichtlich wird der neue Postamtsvorsteher bereits am 1. Juni in die hiesige Dienstwohnung des Postamts übersiedeln.

(16 Polizeibeamte für Cobrau.) Nach einer Mitteilung des Herrn Kreisbetrachters an die hiesige Stadtbewirtschaftung hat der Magistrat 16 Wohnungen für demnachst hier einzuziehende Polizeibeamte zu beschaffen.

(Unfere beiden Institute), in denen Vorwörterinnen segensreich wirken, das städt. Krankenhaus und die Krankenpflegethätigkeit, sind in diesen Tagen durch die General-Oberin aus Trebnitz einer Visitation unterzogen worden. Die Besichtigung fiel zur vollsten Zufriedenheit der ehren. Frau aus.

(Die Entschlafene Frauung) hieselbst ist von dem Entschlafenen Frauung Kaljar aus Teschen heimlich erworben worden.

(Das Rittergut Mittel-Oschin) ist durch Kauf in den Besitz des Landwirts Dupla aus Groß-Mindorf übergegangen. Die Uebernahme erfolgt am 1. Juni.

(Durch das Ausbrechen eines Pferdes) ist der 23-jährige Stellenbesitzer John Krasow in Pawlowitz zu Tode gekommen. Als er am Mittwoch mit dem Fahren der Pferde beschäftigt war, schlug der eine Gaul aus und traf den jungen Mann derartig unglücklich in die Bauchgegend, daß er an den erlittenen schweren Verletzungen gestern früh im hiesigen städt. Krankenhaus, in das er eingeliefert wurde, verstorben ist.

(Waldbrand.) Gestern nachmittag entfiel am Eingang des hiesigen Stadtwaldes links am Wege vom Entschlafenen ein Brand, durch den ca. 200 j m Unterholz und Gehäup ausbrannten. Durch eilfertig hinzugekommene Personen wurde der Brand bald gelöscht, ohne größere Dimensionen anzunehmen konnte. Es wird angenommen, daß das Feuer infolge Ferkulungens und Tabakrauchens im Walde entstanden ist. Der Magistrat erläßt infolgedessen in der heutigen Nr. eine Warnung.

(Die Pfingstferien.) Pfingstferien sind in Oberspreßen, Schlesien und Oberschlesien von Donnerstag, den 1. bis Donnerstag, den 8. Juni. Die Tage bedeuten den Beginn und den Schluß der Ferien.

(Drei oberbischlische Landräte gehen!) Die Landräte von Stumpfisch (Gleiwitz), von Delnek (Hofenberg) und Bäder (Oppeln) haben vom stellvertretenden Regierungspräsidenten die Bitte der Abberufung von ihren Posten mitgeteilt erhalten. Ihre Stellen sollen möglichst mit geborenen Oberschlesien katholischen Beamten besetzt werden.

(Aufsicht der Apo.) Den Beamten der oberbischlischen Apo in Deutsch-Oberschlesien ist die Stellung zum 25. Juni aufgekündigt worden. Die Apo wird durch die Schupo abgelöst. Wie es heißt, soll auch in die neu zu gründende Schupo ein Teil der Beamten der Apo aufgenommen werden. (Sdb. Morgenp.)

(Neue Reichsbanknoten zu 1000 Mark.) Das Reichsbankministerium teilt folgendes mit: Zu der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 10000 Mark ausgegeben werden. Sie sind 210 mal 124 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt. Auf der Vorderseite befindet sich links ein etwa 45 Millimeter breiter Schaurand, der bei der Durchsicht ein sehr ausgeprägtes baubildiges Wasserzeichen erkennen läßt. Das Wasserzeichen ist mit Kupferbräunen, auch in der Durchsicht gut erkennbaren Fasern durchsetzt. Das Druckbild der Vorderseite wird durch einen graugrünen Bierand in drei Felder eingeteilt. Das größte, über die Mitte reichende Feld ist dunkel olivgrün; sein Unterdruck zeigt ein verzerres Mannenmuster. Über diesem Muster liegt ein ganzes Feld in grauer Farbe. In der Mitte des Feldes befindet sich die hell erscheinende Wertziffer 10000. Links und rechts unten stehen die bläulich gelbroteten Kontrollstempel mit dem Reichsbild und der Aufschrift: „Reichsbank-Direktorium. 10000.“ Zwischen den Stempeln befindet sich in weinroter Farbe der Rechenbuchstabe. Der Text ist blaueingewoben. Im rechten oberen Feld befindet sich ein dreifacher Monnetkopf. Das untere Feld fällt ein reich verarbeitetes mehrfarbiges Blumenmuster von ovaler Form mit strahliger Verbindung zum Rand. Die Nummer mit dem

Rechenbuchstaben ist auf der Vorderseite oben links und unten rechts angebracht.

(Ein Verbot von Notgeldausgabe.) Die „D. A. Z.“ schreibt: Im Reichsfinanzministerium wird ein Verbot ausgearbeitet, nach dem alle Marken, Münzen, Scheine und sonstigen Urkunden, die auf einen Gelddbetrag lauten und als Ersatz für Geld im Zahlungsverkehr verwendet werden, bis zum 30. Juni durch die Aussteller einzulösen sind. Um auch eine spätere Herausgabe von Notgeld zu verhindern, verbietet der Entwurf, daß künftig weiteres Notgeld ausgegeben wird. Der Reichsfinanzminister kann jedoch nach Anhörung der Obersten Landesbehörden Ausnahmen zulassen. Für die Nachbesehung dieser Vorschriften wurden verhältnismäßig hoch: Geldstrafen angesetzt. Die höchste Geldstrafe beträgt 100000 M.

(Zeitungsverbote.) Die Breslauer Neuen Nachrichten teilen mit: Die J. R. hat die Einsprüche des Blattes in das hiesige Gebiet auf der Wogen berichtigt.

(Gründung eines Vereins von Schriftstellern, schaffenden Künstlern und Kunstfreunden.) Von mehreren Seiten ist die Anregung ergangen, für den abzukommenden Teil Oberschlesiens eine Vereinigung der schaffenden Künstler und Schriftsteller, sowie derer, die für die Kunst Pflege und Interesse haben, zu bilden. Es ist außer Zweifel, daß eine solche Kunstvereinsbildung, die die produktiv Schaffenden auf allen Gebieten miteinander bekannt macht und einander näherbringt, viel Gutes wirken kann, es ist durch gegenseitige Anregung und Gedankenanstausch, es ist durch künstlerische Veranstaltungen sowie Ausstellungen auf den verschiedenen Kunstgebieten, sei es endlich dadurch, daß sie den Fragen der Kunstpflege ihr Interesse zuwenden und andererseits auch Freunde und Gönner für ihre Bestrebungen sucht. Es ergibt deshalb an alle diejenigen, die auf einem künstlerischen Gebiet, der Schriftstellerei, der Dichtkunst, der Malerei, der Musik, der Bildhauerei produktiv tätig sind, sowie an alle diejenigen Kunstfreunde und Gönner, die an der Pflege und dem Weiterführen d. hiesigen Kunst in Polisch-Schlesien Interesse haben, die Bitte, ihre Ansicht dem Geschäftskomitee des Kulturbundes, Schulstr. 5 (Katowitz) bekannt zu geben, damit sie zu einer in nächster Zeit stattfindenden Gründungsversammlung dieses Kunstvereins eingeladen werden können. Die Zeit dieser Gründungsversammlung werden noch durch die Tag-Spreche bekannt gegeben werden.

(Grundständige Organisationsfragen.) Vor einiger Zeit fand eine grundsätzliche Ansprache von Vertretern des Volkshilfswesens, der Gewerkschaften, Vereine und Sachverständigen aus ganz Polisch-Oberschlesien statt, die sich noch einmal mit grundsätzlichen Fragen der Organisation des Kulturbundes und des freien Volkshilfswesens in Polisch-Schlesien beschäftigte. Der Vorsitzende hielt zunächst ein längeres Referat über den Begriff Bildung, die Entwicklung des Volkshilfswesens in den letzten Jahrzehnten und die Stellung der Arbeiterschaft zu den Volkshilfswesen, insbesondere auch zur Volkshilfsschule. Es sollte auch grundsätzliche die Frage entschieden werden, ob man im Rahmen des Deutschen Kulturbundes für Polisch-Schlesien die Pflege des Volkshilfswesens ausschließlich gliedern und einleiten sollte, so daß auf der einen Seite die christlichen Vereine, Gewerkschaften usw. und auf der anderen Seite die freiwirtschaftlichen Verbände dessen ausschließliche Träger sein und werden sollten, oder ob nicht neben diesen auch noch ein gemeinsamer Grund und ein gemeinsames Bildungsgelände, wie es die Volkshilfsschule darstellt und erreichen will, bestehen sollte. In der sehr ausführlichen Besprechung über diese Fragen kam man schließlich übereinstimmend zu der Ansicht, daß gerade unter den bestehenden Verhältnissen, in denen wir leben, das Bildungsgelände der Volkshilfsschule das Streben nach einer Lebensbildung, alle Teile der Volksgemeinschaft umfassen und die Volkshilfsschule für uns alle eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es möchte selbstverständlich alles bereits bestehende und bodenständig Gewachsene d. h. vor allem die Bildungsbereitungen in den konfessionellen Vereinen, den christlichen Gewerkschaften, den freien Gewerkschaften usw. weiter gepflegt und ausgebaut werden. Doch standen damit die Bestrebungen der Volkshilfsschule, die ja durch die Prinzipalitäten ihrer Führer den verschiedenen Weltanschauungen Hingung tragen, durchaus nicht im Widerspruch und es zeigte sich, daß dies ursprünglich gerade in der Arbeit der Arbeiterschaft vorhandene Misträuen der Arbeit der Volkshilfsschule gegenüber bereits stark geschwunden ist, und man verspricht von allen Seiten eine rege Mitarbeit auch mit dem Volkshilfsschulgebäude, der zu guterletzt den Volkshilfsschulgebäude über die Schranken der Parteien

und Konfessionen hinweg am reinen zum Ausdruck bringen will und kann. — Im Hinblick auf dieses Ergebnis wurde die Gruppe III des Kulturbundes, die bisher nur das freie Arbeiterbildungswesen umfaßt hatte, erweitert und Arbeiterbildungswesen (schlichtweg genannt, so daß darin die Arbeiter- und Angehörigen der Arbeiter- und Arbeiter- — das Wort Arbeiter für Kopf- und Handarbeiter gebraucht — Platz ist, doch können sich Angehörigenverbände, Berufsvereine und sonstige Vereine, soweit sie neben ihren besonderen Zielen auch irgendwelche Bildungsbereitungen vertreten und fördern wollen, ebenso auch der ersten, der Hauptgruppe des Kulturbundes anschließen, da die Frage der Gruppierung ja nur eine reine Formalität und einer praktischen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Kulturbund und Förderung ihrer Bildungsbereitungen die Hauptsache ist. Es ergibt deswegen noch einmal auch auf diesem Wege an alle bereitwilligen Vereine und Verbände im ganzen Gebiet von Polisch-Schlesien, soweit sie dem Kulturbund bisher nicht angeschlossen sind, die Aufforderung, sich ihm anzuschließen zur Förderung ihrer Vereinsziele und des deutschen Kulturlebens in Polisch-Schlesien. Anfragen und Mitteilungen sind an das Geschäftskomitee, Katowitz, Schulstr. 5 zu richten.

(Der Papst und die Christenmasse.) Der Heilige Vater wird in den nächsten Tagen einen Ausflug an die Karpaten der ganzen Welt richten, sich für das Woh der christlichen Bevölkerung in Kleinasien zu interessieren und Abhilfe zu schaffen. Die Missionen, die über die neuen Christenmassen eingetroffen sind, lauten so haarsträubend, daß sie alles bisher an blutigen Schrecken in Kleinasien bekanntgemachten übertrifft. Tausende von Armeniern wurden als Sklaven in Ketten gelegt, tausende wurden in die Verbannung geschleppt. In Arabien allein hat man zweitausend Griechen getötet, Frauen und Kinder von Christen wurden ebenfalls massenweise ums Leben gebracht. Das Material stammt aus einwandfreien Quellen, namentlich vom amerikanischen Hilfskomitee. Es wurde auch der englischen Regierung bekanntgegeben.

(Wieder Hungernde im russischen Hungergebiet.) Aus Rußland eingetroffene Mitglieder der amerikanischen Hilfskommission teilen mit, daß die Hungerkatastrophe im Kaukasus, in Ostasien, im Kaukasus-Gebiet, in der Arktis und einem Teil der Ukraine an Umfang zunimmt und auch von der kommenden Ernte keine Besserung zu erwarten ist, da infolge des späten Eintritts des ausnährlichen Saatgetreides nur ein geringer Teil der Felder befruchtet werden konnte. Außerdem herrscht eine verheerende Hungerkatastrophe, und überdies wird diesen Gebieten wiederum große Härten prophezeit.

(Die Ursachen der Zuckerknappheit.) Vor einigen Tagen haben sowohl im Reichsernährungsministerium als auch im preussischen Landwirtschaftsministerium Besprechungen über die schwebende Zuckerfrage stattgefunden, an denen Vertreter aller in Frage kommenden Ministerien, sowie Vertreter der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie teilgenommen haben. Es wurde festgestellt, daß wegen einer Zurückhaltung von Zucker seitens der Zuckerwirtschaft nicht stattgefunden hat. Auch sonst liegen keine Angaben darüber vor, daß im Großhandel oder in Fabriken Zurückhaltungen in großem Umfang stattgefunden. Die Zuckerknappheit liegt also nicht an der allgemeinen Zunahme des Zuckerverbrauchs, die hauptsächlich auf die hohen Fett- und Butterpreise zurückzuführen ist, und andererseits auf der Zunahme des Verbrauchs an Schokoladen, Konfekt, süßen Mischungen usw. in allen Schichten der Bevölkerung. Hierdurch ist der Zuckerbedarf in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz gewaltig gestiegen, so daß er bald das Doppelte des Verbrauchs von damals erreicht hat. Obgleich sich die Zuckerernteausbeute von 1920 auf 1921 um ansehnliche 25 Prozent und für 1922 abermals um 25 Prozent vermehrt hat, stehen doch einer stärkeren Vermehrung des Abbaus eine Reihe von Hindernissen entgegen. Nach alledem kann die augenblickliche Zuckerknappheit nur durch Einfuhr aus dem Ausland bebrohen werden. Das Reichsernährungsministerium hat inzwischen diese Einfuhr genehmigt.

(Die besten deutschen Herrenhose) kosten jetzt ungefähr ebensoviel wie die entsprechenden englischen. In manchen Zweigen der deutschen Industrie sind die Weltmarktpreise erreicht, hier und da bereits überschritten. So berichtet das „D. A. Z.“: „Unter denjenigen lebenswichtigen Artikeln, die den Weltmarktpreis erreicht haben, sind in erster Linie die Textilien zu nennen. Die besten deutschen Herrenhose, die jetzt für die Winterhosen angeboten werden, haben vielfach denselben Preis wie die entsprechenden englischen

Stoff, auch wenn man das Bünd zu 1200 bis 1300 Mark ansetzt. Noch mehr sind die feinsten Qualitäten der Wäscherei im Preise gestiegen, die haben bereits die Weltmarktpreise überschritten. Bezeichnend ist, daß in Geschäftskreisen jetzt immer mehr die Ansicht sich kundgibt, Wäscherei, beispielsweise feines Matto, aus der Schweiz zu beziehen, weil diese Stoffe dort billiger sind als bei uns, obwohl der Schweizerische Franken am teuersten ist. Schlußlicht steht es mit den Emallwaren. Die schwedischen und englischen Emallwaren werden bereits billiger angeboten, als bei uns. Allerdings bleibt dahingestellt, ob das Ausland nicht absichtlich seine Preise herabgesetzt hat, um uns zu unterbieten.

(Zum Blig erschlagen.) Auf dem Gut Woltersdorf bei Bärwalde in der Pommer wurden der Arbeiter Winick aus Rügenwalder (Kreis Soldin) und ein Sohn des Gutsverwalters Friedrich aus Woltersdorf vom Blig erschlagen und ein Mädchen schwer verletzt.

(Explosion von Munitionsdépôt.) Aus Nürnberg wird berichtet: In der Nähe von Altenfurt explodierte ein Munitionsdépôt. Vier Personen wurden schwer verletzt. Eine Person ist lebensgefährlich gestorben. Am Mittwoch mittag ereignete sich in der Dynamitfabrik Sebald bei Köln eine Explosion, bei der fünf Arbeiter den Tod fanden und ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Explosion brach sich auf den Explosionsherd. Die Ursache ist noch nicht festgestellt.

(Gefahren im Mai.) Am Dienstag mittags wurden in Berlin 32 G. im Schatten gemessen. Im Laufe des Vormittags schloffen der großen Hitze wegen die Berliner Schulen den Unterricht. — In Karlsruhe wurden am Dienstag 34 Grad C. in Regensburg 35 Grad C. im Schatten festgestellt.

(Das wasserretende Hochzeitspaar.) Zwei in den Vereinigten Staaten bekannte Schwimmsportler, Miss Mary Gage aus Philadelphia und Frank Fisher aus Brooklyn, wurden in diesen Tagen in ihrem schwimmfähigen Element, nämlich in den Schwimmkapseln des Atlantik, eheils verbunden. Während der Zeremonie saßen sie in der Kapsel, machte das junge Paar, wie es die Situation erforderte, die Bewegung des „Wasserretens“. Das Braut und Bräutigam zu dem besondern Zweck eigens ent-

worfene Badeanzüge trugen, braucht nicht betont zu werden. Näheres wird darüber nicht mitgeteilt, so daß die Phantasie der weitesten Spielraum hat, sich diese Auspaffung der Hochzeitskollekte an das wasserretende Brautpaar zu denken. Das Hochzeitspaar war mit dem Bürgermeister Eder und einem „wasserretenden“ Sekretär in die See hinausgeschwommen; an einer vorher bestimmten Stelle wurde Halt gemacht und vor den allfälligen wasserretenden Standesbeamten die Trauung vollzogen.

Hindenburg, 26. Mai. Im benachbarten Ruda, das bekanntlich Reichsbad werden wird und ein Amtsgericht und ein Katasteramt erhalten soll, trifft man bereits umfängliche Liebernahmeverrichtungen seitens der polnischen Regierung. Der neue Landrat des Kreises Ruda, früher Bürgermeister von Reichsburg (Kreis Groß-Strehlitz), hat bereits seinen Wohnsitz nach Ruda verlegt. Das Gebäude der höheren Mädchenschule an der Kaiserstraße, Eigentum der Gräfin von Ruda, ist für die Aufnahme des Landratsamtes oder des Amtsgerichts zur Verfügung gestellt worden.

Reuthe, 26. Mai. (Zum Tode verurteilt.) Am 9. Dezember 1919, gegen 11 Uhr abends, begab sich der Stenograph Rudolf aus Wilschowa mit Pferd und Wagen auf den Weg nach der Pörschgrube, um Kohlen zu holen. Von der Fahrt kehrte er nicht mehr zurück. Am 10. Dezember 1910 hatte der Angeklagte Schuba bei dem Gastwirt Blicher in Pörschgrube den Wagen des Ruda und das Pferd gekauft. Das Pferd, im Werte von 5000 Mark, wurde von Schuba am 10. Dezember 1919 auf dem Pferdemarkt in Reuthe für 1800 Mark verkauft. Im März 1920 wurde es in Hindenburg ermittelt. Die Nachforschungen ergaben auch, daß an Ruda ein Verbrechen verübt worden war. In der Zwischenzeit wurde auch der Mörder Schuba ermittelt und festgenommen. Zunächst behauptete er, daß er das Pferd und den Wagen von einem unbekannten gekauft habe, schließlich nannte er Stawinoga und Wobnol und bestritt diese des Mordes an Ruda. Die Festnahme der beiden erfolgte aber erst ein Jahr später. Sie hatten sich die ganze Zeit über in Polen aufgehalten. Dienstag fand die Mordsache vor Gericht. Das Schwurgericht Reuthe verurteilte Dienstag und Mittwoch gegen den 26 Jahre

alten Schipper Paul Stawinoga aus Wilschowa, den 26 Jahre alten Grubenarbeiter Peter Wobnol aus Wilschowa und den 28 Jahre alten Elektriker Robert Schuba aus Wilschowa wegen Mordes. Durch die Beweisaufnahme wurde der Angeklagte Schuba des Mordes für überführt gehalten und zum Tode verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Reuthe, 26. Mai. (Kantonschwinbler.) Der Versicherungsbetriebsrat Bruno Blaschke hatte als Generalagent der „Juna“ in der Zeit von September 1919 bis Juli 1920 Kantonskassen und Einlasskassen geführt. Obwohl er Kantoren bis 500 Mark forberte, hatten sich doch nach und nach an 70 Personen gemeldet, denen Blaschke nach den Feststellungen des gerichtlichen Sachverständigen Paul Rasthorst (Kantowitz) an 30000 Mark abnahm, den sich Wilschowa für einige Tage Oberkassierernachschlüssel gewährte, sie aber dann nach kurzer Zeit unter schuldigem Vorwand entließ. Als sich Blaschke hier nicht mehr sicher fühlte, floh er und wurde später in Königsberg (Preußen) verhaftet. Die Strafkammer Reuthe verurteilte ihn wegen fahrlässigen Betruges und Kantonskassenschwunders zu drei Jahren Zuchthaus, 30000 Mark Geldstrafe oder weiteren 200 Tagen Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Cyprien, 26. Mai. Landrat Rüd: hat vom stellvertretenden Regierungspräsidenten Teich die Abberufung von seinem Posten erhalten. Die „Oppidener Nachrichten“ bemerken dazu: „Was Cyprien betrifft, so haben wir hier seit der Übernahme Schellens durch Wilschowa einen katholischen Landrat und seit über einem Monatsalter einen katholischen ersten Kreissekretär gehabt.“

Standesamt-Nachrichten von Sohrau.
Sterbefälle.

Am 22. Mai der Uhrmacher Wladimir Malachowski, 36 Jahre alt; am 24. der Pfleger Emanuel Hama, 48 Jahre alt; der Maurer Adam Wagner, 63 Jahre alt; am 25. der Landwirt Johann Krosch aus Pawlowitz, 23 Jahre alt; das Kind Josef Ortman, 9 Mon. alt.

Evang. Gemeinde Sohrau.
Sonntag, den 28. Mai cr., vorm. 10 Uhr:
Deutscher Gottesdienst.

Bekanntmachung.
Das Tabakrauchen im hiesigen Stadtwald wird zur Verhütung von Bränden hiermit untersagt. Übertretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark, event. entsprechender Haft bestraft.
Sohrau OS., den 26. Mai 1922.
Die Polizei-Verwaltung. Laug.

Sohrauer Lichtspiele
Sonntag, den 28. Mai, abends 7 Uhr:
Der Film, der das Blut in den Adern erstarren läßt!
Aus der Samoukklasse:
Samson, Fürst der Hölle!
mit dem Weltsensationsspieler
Luciano Albertini!

Für ausgefallene
Frauenhaare
zahle die höchsten Preise.
Walter Hitschold
Friseur, Holzstraße.

Schützen Sie
sich, auch wenn Sie ganz geringe Kapitalien oder Spargelder haben. Wir geben wertvolle unverbindliche Auskunft.
Finanzierung und Kommission G. m. b. H.
Bankgeschäft, Berlin S. W. 68.

Haarnetze
eingetroffen.
Walter Hitschold, Friseur.

Möbel zu verkaufen:
Küche, helles Schlafzimmer, Chaiselongue, Plüschsofa und 2 Sessel, Vertikow, Bücherregal, Tisch u. mehr. Stühle.
Anfragen in der Expedition dieses Blattes.

Kinderwagen, Sportwagen
Liefer preiswert ab Fabrik
Engelmann, Sohrau, 2 Min. vom Bahnhof.
Ein noch gut erhaltenes
Fahrrad
sowie ein ganz neuer
Herren-Anzug
für mittlere Größe stehen preiswert zum Verkauf. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Adler-Räder
— nebst Zubehörteilen liefert preiswert —
H. Engelmann, Sohrau, Rischewitz.

4 Stück junge
Wachhunde
8 Wochen alt, sind preiswert abzugeben von
Schloss Baranowitz.

Geld in jeder Höhe, zu jedem Zwecke gegen monatliche Ratenrückzahlung sowie Hypotheken schnell und diskret durch die
Oberschl. Finanz-Zentrale Neisse Oberrheinland
— 8 Mark Rückporto erbeten. —

Achtung!
Ich übernehme sämtliche Reparaturarbeit:
Aufpolieren sämtl. Möbel und Klaviere in jed. Farbe (Ruhbaum, Eiche, schwarz), sowie auch Fußbodenstreichen und -legen, hier u. auswärts.
Karl Franz, Tischler.
Wegen Wohnungswechsel Adresse Herrn Schneidermeister u. Restaurateur Dom Kucz.
Für Industrie und Handel
Gelder in jeder Höhe gibt und notleidende Betriebe kauft
Finanzierung und Kommission G. m. b. H.
Berlin S. W. 68.

Buchdruckerlehrling
mit guten Elementarkenntnissen, Sohn anständiger Eltern, kann alsbald zur gründlichen Ausbildung unter günstigen Bedingungen in meiner Buchdruckerei antreten.
P. Hunold.

Junge Leute
die zur See fahren wollen, erhalten vorher Aufklärung und Rat. Auskunft Ham-burg 36, Schiff. 112., D. 103.

Ein ehrliches
Dienstmädchen
wird für sofort oder per 1. Juli gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

Junge Schäferhündin
ist verloren gegangen. Gegen Belohnung abgegeben bei
Johann Gliwitzki

Wir retten Ihre Haare!
Senden Sie sofort zur mikroskopischen Untersuchung unter fachmänn. Leitung Ihre ausgefallenen Haare. Darauf erhält Sie von uns genaue Vorschrift für Ihre Haarpflege. Untersuchung und Vorschrift kostenlos.
Kur- und Heilanstalt Schloss Falkenberg
bei Grünau 1929 (Mark)
Bedeutendstes Institut für Haarwissenschaft.